

17. Juli 2014

Presseerklärung zu den Aussagen der Fraktionen in der LT-Debatte vom 11. Juli 2014
zu TOP 17 : **Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindern**

Verkehrsminister Meyer im Amt überfordert ?

Die IG Marina Wendtorf hat die Landtagsdebatte vom 11. Juni zu TOP 17 verfolgt.

Fazit :

Alle Parteien zeigten sich im Grundsatz durchaus interessiert, allen Bürgern den freien Zugang zu den Küsten zu erhalten so wie es das Bundeswasserstraßengesetz vorsieht.

Im Moment sind die Piraten in Schleswig-Holstein aber die einzigen, die sich um den Erhalt der Zugänglichkeit der Häfen und Küsten in Schleswig-Holstein und die Aufdeckung von Grundstücksschiebereien der vorherigen Landesregierungen ernsthaft kümmern.

Alle bisherigen 13 Privatisierungsfälle sind verfassungswidrig, weil von der damaligen und der heutigen Landesregierung ohne ermächtigendes Landesgesetz vorgenommen. Es wurden nämlich nicht nur 13mal Liegenschaften verkauft, sondern auch 13mal hoheitliche Landesbefugnisse auf Dritte übertragen. 13 Dritte dürfen Hoheitsgewalt im Auftrag des Landes über 12 Yachthäfen und eine Badebucht ausüben. Für diese Übertragung bedarf es eines Gesetzes und vor allem der Aufsicht. MdL Tietze - Die Grünen – hat mit seiner Feststellung des „Fehlens eines Kriterienkatalogs für die Privatisierungen“ den ersten richtigen Ansatz gewiesen. Hier fehlt aber nicht nur ein Kriterienkatalog, hier fehlt ein ganzes Landesgesetz.

Stellungnahme der IG Marina Wendtorf zur Landtagsdebatte :

Keiner der 13 Fälle ist rechens. 13mal wurde nämlich vor dem Verkauf / Verschenken die „hoheitliche Nutzungsbefugnis“ vom Land auf die Käufer per Verwaltungsakt übertragen. Das darf aber nur aufgrund eines Landesgesetzes geschehen. Dieses Gesetz fehlt.

Das Bundeswasserstraßengesetz wurde geschaffen, um die freie Befahrbarkeit aller Küstengewässer sicherzustellen. Werden einzelne Privatisierungen durch das Land zugelassen, wird das ganze Konstrukt zerstört. Die negativen Folgen liegen auf der Hand und sind unabsehbar.

Einige Abgeordnete wiesen darauf hin, dass es sich ja nur um einige Fälle handelt und keineswegs um einen Ausverkauf unserer Küsten geht. Hier darf aber nicht nur der Einzelfall sondern muss der Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Wehret den Anfängen! Die Bürger erwarten von der Politik rechtsverbindliches, nachprüfbares Handeln.

Die Regierung versucht, ihr eigenes Fehlverhalten nun auch noch der Gemeinde Wendtorf in die Schuhe zu schieben. Dabei wird die Gemeinde von den Ministerien falsch beraten.

Eine einmal ausgesprochene Widmung kann nur durch ein Bundesgesetz aufgehoben werden. Das sollte auch unser Verkehrsminister wissen.

Verkehrsminister Meyer und Finanzministerin Heinold haben es in dieser Debatte unterlassen, den Landtag zu unterrichten, dass gegen die eigenen Ministerien und den Bund mehrere Klagen wegen

Privatisierung anhängig sind. Dabei werden auch Klagen gegen die Kaufverträge des Landes geführt. Statt der gebetsmühlenhaft wiederholten Aussage „alles sei rechtens“ wäre zutreffend gewesen , „dass **anhängige Gerichtsverfahren abgewartet werden müssen.**“

Der „fehlende Kriterienkatalog für Verfahren und Auswahl der Käufer“ ist der Beginn des Eingeständnisses der Landesregierung, dass alle 13 Verkaufsfälle verfassungswidrig sind.

Zum Genehmigungsverfahren von Minister Meyer für Sportboothäfen in der Ostsee ist folgendes zu sagen: Die Ostsee ist kein Teich, sondern öffentlicher Verkehrsweg. Die Häfen an der Ostsee sind keine geschlossenen Museumshäfen oder Paddelbecken sondern haben eine Verbindung zum Verkehrsweg Ostsee und werden von Bootsführern für ihre Fahrten von Hafen A nach Hafen B benutzt. Dabei ist es egal, ob man Passagiere gegen Entgelt mitnimmt oder für sich aus Spaß von Hafen A nach Hafen B begibt. Es ist immer öffentlicher Verkehr. Für alle 13 Fälle hätte eine ordnungsgemäße Verkehrsplanung für öffentliche Infrastruktur durchgeführt werden müssen. Minister Meyer ist Verkehrsminister. Als solcher muss er wissen, dass Sportboothäfen in der Ostsee öffentliche Infrastruktur sind und deshalb wie Straßen, Eisenbahnen etc. öffentlich geplant werden müssen. Das bedeutet : Planrechtfertigung mit Verkehrsbedarfsermittlung für Liegeplätze, Raumordnungsverfahren, Vernetzung im Raum, Planfeststellungsverfahren etc. und dann evt. vorgesehene Zusammenarbeit mit privaten Finanzierern, wenn ein Hafen als ÖPP-Projekt laufen soll.

Lt. Minister Meyer könne jeder Private zum Minister kommen und bestimmen, ob und wo ein neuer Hafen gebaut werden solle. Der Minister lässt den Investor bauen, beschafft dem Investor mit Hilfe des Landtags das öffentliche Wasserstraßengrundstück (was dieser vom Bund nicht kaufen kann) und sagt dem Landtag dann, der Hafen sei privat, den Seglern könne das Anlaufen verwehrt werden, der Investor könne seinen Hafen auch komplett mit Wohnhäusern zupflastern und zum Wohnbecken machen, und man könne den Verkauf nicht ausschreiben, denn sonst würden Regressforderungen des Investors drohen

Sollte sich der Minister demnächst auch die Straßenplanung aus der Hand nehmen lassen, würden Private bestimmen, wann und wo neue private Landesstraßen gebaut werden, weil sie eine Idee für eine neue Straße haben, die dann an den Investor verkauft werden müsse – ohne gesichertes Benutzungsrecht für die Autofahrer, weil sonst Regressforderungen drohen !

Das aktuelle unklare Landesrecht zum Sportboothafen-Planverfahren in Nord- und Ostsee begünstigt die unrechten Privatisierungen. Hier ist der Landesgesetzgeber gefordert, auch den Bau von Sportboothäfen deutlich als Bau öffentlicher Infrastruktur zu kennzeichnen und dafür ein Planfeststellungsverfahren vorzusehen.

Zu viele öffentliche Belange der Bürger sind dadurch betroffen. Mittlerweile sind Sportboothäfen z.T. größer als planfeststellungsbedürftige Umschlagshäfen.

**Es ist ein Skandal, mit welcher Unbekümmertheit sich unsere Volksvertreter über bestehende Gesetze hinwegsetzen und sich dabei völlig beratungsresistent zeigen.
Die geäußerten Beschreibungen was unter „öffentlichem Interesse,, zu verstehen ist geradezu abenteuerlich.**

V.S.I.d.P.: *[anonymisiert]*